

Pressemitteilung

Diakonie 
Schleswig-Holstein

Diakonisches Werk
Schleswig-Holstein
Landesverband der
Inneren Mission e.V.

**Diakonisches Werk legt
Untersuchung vor:**

Private Überschuldung in Schleswig-Holstein nimmt zu

Pressesprecher

Michael van Bürk

Telefon 04331 593-197
Telefax 04331 593-244
presse@diakonie-sh.de

Kiel / Rendsburg, 29. November 2011. **Das Diakonische Werk Schleswig-Holstein hat am Dienstag in Kiel eine wissenschaftliche Untersuchung zur Überschuldung privater Personen und Haushalte vorgelegt. Danach hat die Anzahl überschuldeter Privatpersonen im Jahr 2010 sowohl bundesweit als auch in Schleswig-Holstein deutlich zugenommen. Die Untersuchung stellt fest, dass der wirtschaftliche Aufschwung in Deutschland nach dem Krisenjahr 2009 bei den Verbrauchern im Jahr 2010 nicht angekommen ist. Hauptauslöser für eine Überschuldung ist nach wie vor die Arbeitslosigkeit.**

Diakonisches Werk
Schleswig-Holstein
Landesverband der
Inneren Mission e.V.
Kanalufer 48
24768 Rendsburg

Telefon 04331 593-0
www.diakonie-sh.de

Auf einer Tagung im Kieler Wissenschaftszentrum stellte Anke Schimmer vom Vorstand des Diakonischen Werks fest: „Überschuldung ist eine wesentliche Ursache für Armut und soziale Ausgrenzung. Die Datenlage zur Armutssituation in Schleswig-Holstein muss dringend verbessert werden. Unsere heute vorgelegte Expertise zur privaten Überschuldung ist ein Baustein für

dieses Ziel. Nötig ist eine regelmäßige Sozialberichterstattung der Landesregierung, damit auf der Basis breiter Daten Armut und Ausgrenzung systematisch entgegengewirkt werden kann“. Der letzte Landesarmutsbericht stammt aus dem Jahr 1999.

Die von Dr. Gunter Zimmermann vom „Büro für Sozioökonomie, Forschung und Entwicklung“ in Karlsruhe erstellte Expertise nennt für Schleswig-Holstein im Jahr 2010 117.400 überschuldete Privatpersonen. Im Jahr 2004 waren es noch 100.600. Damit sind aktuell fünf Prozent aller über 18jährigen Schleswig-Holsteiner zahlungsunfähig. Sie durchlaufen aktuell ein Verfahren zur Verbraucherinsolvenz oder haben eine so genannte Eidesstattliche Versicherung abgegeben. Dieser Anteil von fünf Prozent liegt deutlich über dem Bundesdurchschnitt von 4,5 Prozent. Die Betroffenen haben große Probleme, eine Wohnung anzumieten und können in der Regel keine Verträge mehr abschließen, etwa für Handys.

Bei den Schuldnerberatungsstellen sind Männer und Frauen in gleicher Zahl anzutreffen. Fast die Hälfte der in den Schuldnerberatungsstellen beratenen Personen war zu Beginn der Beratung arbeitslos. Haushalte mit Kindern sind am häufigsten überschuldet, hiervon besonders alleinerziehende Mütter. Von den unter 25 Jahre alten Rat suchenden haben 70 Prozent keine abgeschlossene Berufsausbildung.

Die durchschnittliche Schuldenhöhe aller beratenen Personen betrug 2009 in Schleswig-Holstein 35.000 Euro. Die Höhe ist stark altersabhängig. Für unter 20jährige beträgt sie durchschnittlich 3.900 Euro, überwiegend bei Telefongesellschaften. Bei den 65- bis 70jährigen beträgt die durchschnittliche Schuldenhöhe 64.000 Euro.

Arbeitslosigkeit ist mit 28 Prozent nach wie vor der Hauptauslöser für private Überschuldung. Trennung, Scheidung oder Tod des Partners sind mit zusammen 16 Prozent zweithäufigster Auslöser. Danach folgen mit zusammen zwölf Prozent Erkrankung, Sucht und Unfall. Eine so genannte unwirtschaftliche Haushaltsführung ist nach Erkenntnis der Schuldnerberatungsstellen nur bei zehn Prozent der beratenen Personen die Ursache für eine Überschuldung.

„Die kontinuierliche Zunahme überschuldeter Menschen in Schleswig-Holstein unterstreicht den Bedarf an professioneller Schuldner- und Insolvenzberatung“, erklärte Anke Schimmer. Sie betonte die effektive Präventionsarbeit, die die 36 anerkannten Schuldnerberatungsstellen in Schleswig-Holstein neben ihrer Beratungstätigkeit insbesondere an Schulen leisten. Untersuchungen haben gezeigt, dass besonders bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen erhebliche Unwissenheit im Umgang mit Geld und Schulden besteht. „Schuldnerberatung verhindert und behebt Armut. Umso wichtiger ist ihre nachhaltige Finanzierung“, so Schimmer. Zwar fördere das Land die Verbraucherinsolvenzberatung und die Schuldenprävention im bundesweiten Vergleich sehr gut. Durch die jüngsten Kürzungen müssen Präventionsprojekte zum Jahresende jedoch eingestellt werden.